Sächsische Arbeiter-Zeitung

Expedition: Gerbergasse 1.

Organ zur Wahrung der Interessen der Arbeiterklasse.

Redaktion: Annenstr. 46.

Die „Sächsische Arbeiter-Zeitung" erscheint wöchentlich sechsmal: Sonnabends mit dem Beiblatte „Nach der Arbeit". Preis monatlich 60 Pf., Bringerlohn 20 Pf., durch die Post bezogen vierteljährlich 2 M. 50 Pf.

Nr. 38. | Anzeigen die 4gespaltene Petitzeile oder deren Raum 15 Pf. | Dresden, Donnerstag den 14. Februar 1895. | Auf Anzeigen erwähnen bei mindestens 6maliger Wiederholung Rabatt. | 6. Jahrg.

Zur Landtagswahl 1895.

An den Ergänzungswahlen für die zweite sächsische Ständekammer, welche im Herbst dieses Jahres stattfinden werden, sind zwei Wahlkreise in Dresden betheiligt. Beide Kreise haben sich stets bisher im Besitz volksfeindlicher Parteien befunden. Die Sozialdemokratie will in diesem Jahre diese beiden Wahlkreise aus den Händen der Reaktion reißen und für sich erobern.

Es gilt, daß die Arbeiterschaft und alle Freunde der sozialdemokratischen Partei, insbesondere soweit sie in den beiden Kreisen wohnhaft sind, sich ungesäumt und mit allem Eifer an die Vorbereitung dieser Wahlen machen!

Man sage nicht, es sei noch zu früh, sich hiermit zu befassen. Keineswegs. Im gegnerischen Lager rüstet man schon seit längerem. Und es wird ein besonders heißer Wahlkampf werden! Also ist es nöthig, zeitig die Streitkräfte zu sammeln und den Aufmarsch zum Treffen mit größter Umsicht vorzubereiten.

Heiß wird der Wahlkampf werden, sagen wir. Denn der Wahltag soll ein Rachetag werden! Die arbeitende Bevölkerung will an diesem Tage, an dem einmal seine Stimme von Einfluß ist, sich rächen für alle die Missethaten, welche „staatserhaltende" Abgeordnete des Landtags in der vorigen Session an ihm verbrochen haben, sich rächen für alle die Gewaltthätigkeit und Gemeinheit, mit der die Reaktion gerade hier in Dresden in den letzten Zeiten gewüthet hat.

Ja, Arbeiter Dresdens, an jenem bevorstehenden Landtagswahltage habt Ihr Gelegenheit, Euern Bedrückern und Beschimpfern die rechte Antwort zu geben. **Fegt sie hinaus aus dem Landesparlament,** diese Konservativen und Kammerfortschrittler. **Wählt wahre Vertreter Eurer wirthschaftlichen und politischen Interessen!** Trefft schon jetzt Eure Vorbereitungen zu dieser Wahl!

* * *

Wir wollen nicht ausführlich die Ergebnisse oder richtiger die Nicht-Ergebnisse der vorigen Landtagssession hier wiederholen, nachdem wir früher hinreichend darüber berichtet haben. Nur durch ein bündiges Verzeichniß wollen wir die Erinnerung daran auffrischen.

Der vorige Landtag begann mit honigsüßen Reden derer um Oehlschlägel und Ackermann, man traf nur so von Volksfürsorge und Reformversprechungen. Die bald darauf folgenden Thaten sahen etwas anders aus.

Bei der Etatberathung zeigte sich die wachsende Verschlechterung der Finanzlage des Staates. Dieselbe war die Folge theils der allgemein ungünstigen Wirthschaftslage, theils der Mehrforderungen des Reiches zur Bestreitung der erhöhten Militärkosten. Um dieser dringenden Mißlage willen gedachte die Staatsregierung die bisher den Gemeinden gewährte Schuldotation aufzuheben. Da unser Plan aber auf allseitige Entrüstung stieß, behielt man die Dotation bei, indem man den Einkommensteuertarif ein wenig umgestaltete. Hiervon wurde riesiges Aufsehen gemacht, in Wirklichkeit war die Sache nicht der Rede werth, wurde doch bei dieser Gelegenheit sogar einer großen Zahl von Staatsbürgern ein wichtiges politisches Recht, nämlich dasjenige der Wahlkarte zum Volksvertreter, geraubt. Um aber die Mehrforderungen an das Reich zu befriedigen, gab man der Regierung die Ermächtigung, eine besondere Erhöhung der Staatseinkommensteuer anordnen. Diese liebliche „Volksfürsorge" hat sich thatsächlich nicht lange auf sich warten lassen. Die Einkommensteuer für dieses Jahr ist um 10 Prozent aufgeschlagen worden.

Die sozialdemokratische Fraktion wünschte, daß die Bevölkerung vor dieser neuen Belastung bewahrt bliebe und schlug vor, die Mehrforderungen des Reiches durch Erhöhung des Steuersatzes für die großen Vermögen aufzubringen. Zur Antwort hierauf schnauzte man sie an, sie sei „von blindem Haß" gegen den Reichthum beseelt, das wäre „der Anfang zur Konfiskation der großen Kapitalien" ufw.

Auch lehnte man den sozialdemokratischen Vorschlag, die dreiuntersten Steuerstufen (bis 600 Mk. Jahreseinkommen) in Wegfall zu bringen, um so die Aermsten ein wenig zu entlasten, ab. Nur die unterste Stufe (300—400 Mk.) wurde beseitigt, auch nicht aus Nächstenliebe, sondern weil, wie die Regierung eingestand, die Kosten der Eintreibung dieser Steuern fast soviel ausmachten wie der Ertrag selbst. Desgleichen wurde die Aufforderung der Sozialdemokraten, daß die sächsische Regierung im Bundesrath auf Beseitigung der verderblichen Tabaksteuererhöhung hinwirken solle, kurzer Hand abgewiesen.

So sagten „Vater Staat" und „Ordnungs"-Männer einmüthig Nein, wenn von Seiten der Arbeitervertreter Vorschläge zur Entlastung der produktiven Schichten des Volkes gemacht wurden. Aber auch die Arbeitervertreter sagten zuweilen: Nein. Sie sagten Nein, als die Kammermehrheit es fertig brachte, trotz der schlechten Finanzlage und trotzdem keinerlei rechtliche Verpflichtung dazu vorhanden war, dem Prinzen Johann Georg die nette Summe von 100,000 Mark jährlich als sog. Apanage zu bewilligen.

Nicht aber wurde dem Verlangen der Sozialdemokraten zugestimmt, daß arme Gemeinden zur besseren Bezahlung ihrer Schneeschipper 15,000 Mark erhalten sollten, nicht wurde den Bergarbeitern die so nöthige Berufungsinstanz gegen die Urtheile der Bergschiedsgerichte gewährt, nicht wurde unsere Volksschule von der bösen Prügel-Pädagogik befreit.

Auf politischem Gebiete zeigten sich die sächsischen Kartellbrüder natürlich mindestens ebenso unzugänglich, wie auf wirthschaftlichem.

Wie schnöde und frech die ärmeren Klassen des Volkes verhöhnend war das Verhalten zahlreicher „Ordnungs"-abgeordneter gegenüber dem überaus zeitgemäßen sozialdemokratischen Antrag auf Einführung des allgemeinen, gleichen Wahlrechts für die sächsische Landtagswahl. Jetzt sind Zehn- und Hunderttausende sächsische Staatsangehörige, zahlreiche Familienväter, besonders in den armen Weberbezirken, durch den Zensus vom Wahlrecht ausgeschlossen, obwohl gerade diese Klassen der Bevölkerung es am dringendsten nöthig haben, ihre Interessen zur Vertretung zu bringen. Die Mehrheitsmänner der Kammer aber lehnten es ab, auf diesen Antrag überhaupt etwas zu erwidern, sie ließen einfach durch den „Kammerfortschrittler" Herrn Streit erklären, daß sie gegen jede weitere geschäftliche Behandlung des Antrages seien. Nicht einmal der Diskussion werth war diesen vornehmen Herren eine der wichtigsten Volksrechte.

Nein, die Kammermehrheit sah ihre Aufgaben in ganz anderer Richtung. Anstatt die Lebenslage des Volkes zu bessern, anstatt der Humanität und dem Kulturfortschritt Raum zu schaffen, war ihr Denken und Streben darauf gerichtet, das Sprachrohr der Volksnoth zu verstopfen, womöglich zu zerschlagen, die Sozialdemokratie zu knebeln und durch Wiedergabe verleumderischer Berichte zu verdächtigen.

Die Ausweisung von vier Freiberger Bergstudenten, welche einige Arbeiterversammlungen besucht hatten, wurde für recht befunden. Die sonderbarsten Auslegungen und Handhabungen der Gesetze, besonders des Vereins- und Versammlungsgesetzes, seitens Polizei- und Gerichtsbehörden wurde freudig gebilligt, so z. B. die Bestrafung von Flugblatt-Austrägern wegen „Groben Unfug". Die lügenstrotzende Petition von 42 Gemeinde-Vorständen der Dresdner Gegend wurde zum Vorwand für Vermehrung der Polizei genommen u. s. f. —

* * *

So war der vorige Landtag. Wie wird der nächste sein? Ohne Zweifel werden die Fehden zwischen „Ordnung" und Sozialdemokratie im nächsten Winter mit noch vermehrter Heftigkeit entbrennen. Die Haltung der sächsischen Karteller im Laufe des letzten Jahres zeigt, was das Volk von diesen Leuten in der kommenden Landtagssession sich zu gewärtigen hat. Die sächsischen Reaktionäre stehen bekanntlich in erster Linie der brutalen Reaktion, welche jetzt daran ist, ganz Deutschland in einen Kirchhof zu verwandeln.

Aber die arbeitenden Klassen Sachsens kennen keine Furcht. Sie haben schon manchen schweren Strauß geschlagen, sie haben Schritt um Schritt den mit Machtmitteln aller Art protzenden Feind zurückgedrängt. Die sozialdemokratische Landtagsfraktion wird auch in der nächsten Session mit Ernst und Energie an der Durchführung der Aufgaben fortarbeiten, welchen sie sich im Interesse der wirthschaftlichen Besserstellung und politischen Emanzipation der arbeitenden Volksschichten unterzogen hat.

Sache des Volkes ist es nun, dafür zu sorgen, daß die Fraktion nicht nur ungeschwächt, sondern in verstärkter Zahl in den nächsten Landtag Einzug halte!

Mögen unsere Dresdner Genossen mit Kampfeslust in die Agitation eintreten, damit wir endlich in Dresden-Altstadt, dieser Hochburg der Arbeitervergewaltigung, Siege erringen, die sich würdig anreihen den Siegen, die wir bei den früheren Wahlen in der Umgegend und in Neustadt davongetragen haben.

Bei den früheren Wahlen in den beiden hier in Betracht kommenden Kreisen ergaben sich folgende Resultate:

Im 2. Bezirk, Pirnaische Vorstadt und Johannvorstadt, siegte 1869 der konservative Ackermann mit 710 Stimmen gegen 532 fortschrittliche Stimmen, 1871 der Fortschrittler Kretzschmar mit 459 gegen 319 konservative Stimmen, 1877 wieder der Konservative, Heger, mit 705 gegen 596 fortschrittliche Stimmen. 1883 wurde der Wahlkampf zum ersten Male lebendiger, da die Sozialdemokratie sich an ihr betheiligte. Der konservative Gegner siegte mit 1435 Stimmen; die Fortschrittspartei erhielt 754, die Reformpartei 540, die Sozialdemokratie im ersten Anlauf 719 Stimmen. Bei der letzten Wahl 1889 siegte der Konservative Schickert mit 3444 gegen 1301 sozialdemokratische Stimmen; die übrigen Parteien hatten auf eigene Kandidaten verzichtet.

Im 3. Bezirk, Wilsdruffer Vorstadt und Friedrichstadt, fand bei den Wahlen 1869 und 1871 ein Wahlkampf überhaupt nicht statt, die Kandidaten Dr. Hälse und Beck wurden ohne Widerspruch gewählt. 1875 siegte der Fortschrittler Bönisch mit 694 gegen 605 nationalliberale Stimmen, 1877 desgl. mit 682 gegen 310 nationalliberale Stimmen. 1883 trat auch hier die Sozialdemokratie zum ersten Male auf. Die Folge war, daß die bisher feindlichen Parteien sich vereinigten; Bönisch wurde mit 1551 gegen 836 sozialdemokratische Stimmen gewählt. Ebenso wurde derselbe 1889 mit 2299 gegen 1284 sozialdemokratische Stimmen Landtagsabgeordneter.

Derweilen sind 6 Jahre verstrichen, in denen die Sozialdemokratie sich die Sympathien von weiten Volkskreisen erworben hat, die damals noch nicht daran dachten, sich mit dieser Partei einzulassen. Wenn auch der Stimmenunterschied in beiden Bezirken, besonders im zweiten, ein außerordentlich großer gewesen ist, so will dies für die jetzige Zeit wenig besagen. Einestheils war die Wahlbetheiligung damals noch eine sehr schwache, nicht die Hälfte der Wahlberechtigten ging zur Wahlurne; das muß dieses Mal ganz anders werden. Anderentheils ist die Anhängerschaft der Sozialdemokratie seit 1889 bedeutend gewachsen und einzelne der zur Wahl kommenden Stadttheile sind von sozialdemokratischen Arbeitern, Handwerkern ꝛc. dicht bewohnt. Schließlich ist auch nicht ausgeschlossen, daß in diesem Jahre die reaktionären Richtungen nicht wieder zur Einigkeit gelangen; wenigstens wird dies nicht geschehen, sofern nicht die Reformpartei allen ihren Grundsätzen schamlos in's Gesicht schlagen will.

Jedenfalls liegt eine große Arbeit vor uns. Aber die Möglichkeit, diese Arbeit zu einem Siege auszugestalten, ist durchaus gegeben!

Besondere Aufmerksamkeit ist hierbei auch darauf zu richten, daß diejenigen unserer Gesinnungsgenossen, welche im Uebrigen wahlberechtigt wären, es aber nicht sind, weil sie nicht sächsische Staatsangehörige, **daß alle diese sich die Erwerbung der sächsischen Staatsangehörigkeit angelegen sein lassen.** Hierdurch können viele und vielleicht gerade die ausschlaggebenden Stimmen gewonnen werden.

Jeder deutsche Reichsangehörige muß auf sein Nachsuchen in den sächsischen Staatsverband aufgenommen werden, sobald er nachweist, daß er sich in Sachsen niedergelassen hat. Die Ertheilung von Aufnahms-Urkunden hat kostenfrei zu geschehen; es können höchstens kleine Kosten entstehen durch Beschaffung der nöthigen Legitimationspapiere. Das Aufnahmegesuch ist hierorts an den Stadtrath der Stadt Dresden zu richten. Das Gesuch muß die genaue Bezeichnung des die Aufnahme Wünschenden nach Vor- und Zunamen, Herkunft, Stand, Gewerbe und Lebensalter enthalten, desgleichen die Bezeichnung der mit aufzunehmenden Familienangehörigen nach Namen und Alter.

Um unseren Gesinnungsgenossen die Erwerbung der sächsischen Staatsangehörigkeit zu erleichtern, hat sich eine Anzahl von Parteigenossen bereit erklärt, die dabei vorkommenden Schreibarbeiten ꝛc. zu besorgen. Die Namen dieser Genossen sind die folgenden:

H. Förster, Pfotenhauerstr. 60, 1. Et.
Conrad, Reissigerstr. 37, 3. Et.
M. Luther, Zöllnerstr. 18, pt.
M. Kobitzsch, a. d. Frauenkirche 6/7.
Renker, Drehgasse 6, pt.
Ludwig, Schnorrstr. 62.
O. Stölzer, Freibergerplatz 11.
Peter, Feldschlößchenstr. 18.
Hübner, Zwickauerstr. 29.
Heldig, Freibergerstr. 16.
Welde, An der Ziegelscheune 9.
Wolf, Fröbelstr. 8, 2.
Bräsel, Konsum, Wachsbleichgasse.
Reichelt, Wettinerstr. 50.
Sommer, Schützenplatz 7.
Fehl, Mittelstr. 6.

Wir machen noch besonders darauf aufmerksam, daß Jeder, der die sächsische Staatsangehörigkeit erwerben will, **sich sofort an's Werk machen möge.** Man weiß, wie langsam die Behörden manchmal die Gesuche zur Erledigung bringen. Niemand denke, es sei noch immer Zeit genug. Wer das Wahlrecht im Herbst ausüben will, der bekümmere sich umgehend darum. Unsere Freunde und Genossen mögen aber allenthalben bei gesinnungsbefreundeten Arbeitskollegen und Bekannten, welche das 25. Lebensjahr erreicht haben, anfragen, ob dieselben schon die sächsische Staatsangehörigkeit erworben haben, und mögen gegebenen Falls dringend dazu auffordern.

* * *

Dies darf selbstverständlich nicht unsere einzige Thätigkeit sein, sondern vor Allem muß eine lebhafte Agitation unter den Massen der Bevölkerung, die den Landtagswahlen bisher noch nicht genügend Beachtung geschenkt haben, betrieben werden. Auch die Frauen und Arbeiterinnen, wenn sie auch selbst vom Wahlrecht ausgeschlossen sind, mögen sich an der Agitation eifrig bethätigen.

Wenn wir Alle, Mann für Mann, Frau für Frau, unsere Schuldigkeit thun zur Vorbereitung der herbstlichen Landtagswahl, dann, sind wir überzeugt, **wird der Wahltag ein Ehrentag der Dresdner Arbeiterschaft werden, ein Vergeltungstag für die Schandthaten der Reaktion, ein Verheißungstag für die endgiltige Befreiung der Arbeitenden aus den Ketten der Ausbeuter!**

Wohlan, frisch an's Werk!